

## DEUTSCHLAND

STEUERSENKUNGEN  
Ministerpräsident Wulff  
skeptisch

In der Debatte über mögliche Steuer-senkungen hat Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) zur Zurückhaltung geraten. Wulff sagte am Montag auf dem Neujahrsempfang der IHK in Hannover: „Wir werden als Landesregierung auch in den kommenden Jahren in jedem einzelnen Punkt beurteilen, ob und wie eine Entlastung der Unternehmen und der Bürger mit der notwendigen Konsolidierung der Haushalte in Einklang zu bringen ist.“ Hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung sei eine „Rückkehr auf den Pfad der Tugend“ nötig. „Wir müssen weg von der Krisenbekämpfung mittels Verschuldung und wieder zu einer soliden Haushaltspolitik kommen. Das sind wir auch den nachfolgenden Generationen schuldig“, sagte Wulff. *ddp*

## UMFRAGE

## Junge Leute setzen große Hoffnungen in Gentechnik

An der Gentechnik scheiden sich laut einer Umfrage die Geister zwischen den Generationen. Knapp zwei Drittel der befragten jungen Leute zwischen 14 und 29 Jahren betrachten demnach gezielte Eingriffe ins Erbgut von Pflanzen und Lebewesen als große Chance für die Menschheit. Das sieht mehr als die Hälfte der Bürger ab 60 Jahren nicht so. An der Umfrage im Auftrag der „Apotheken Umschau“ nahmen rund 2000 Frauen und Männer ab 14 Jahren teil. *KNA*

## NACHRICHTEN-SENDUNGEN

## Kommt ein Zwang für das Privatfernsehen?

Zur Frage, ob Privatsendern die Produktion von Nachrichtensendungen gesetzlich vorgeschrieben werden soll, gibt es laut Landesmedienanstalten noch keine Beschlussvorlage. „Es gibt lediglich Überlegungen einzelner Landesmedienanstalten, da ist noch nichts entscheidungsreif“, sagte der Sprecher der zurzeit federführenden Landesanstalt für Kommunikation (LfK) Baden-Württemberg, Axel Dürr, am Montag dem EPD. Eine Arbeitsgruppe der Medienanstalten befasste sich gerade mit dem Thema, sei aber noch „ganz am Anfang“. Die FAZ hatte berichtet, dass die Direktoren der Landesmedienanstalten am 19. Januar über eine entsprechende Beschlussvorlage entscheiden wollten. Diese sehe vor, dass die großen Sendergruppen ProSiebenSat.1 und RTL verpflichtet werden sollten, „eigenständig“ Nachrichten zu produzieren, hieß es. *EPD*

## FLÜCHTLINGE

## Stopp der Abschiebungen ins Kosovo gefordert

Menschenrechtler haben von der niedersächsischen Landesregierung einen Abschiebestopp in das Kosovo gefordert. Laut der Gesellschaft für bedrohte Völker verbiete es die christliche Nächstenliebe, jetzt Flüchtlinge und ihre Familien mit kleinen Kindern, Schwangere oder ältere Menschen in die extremen Winterbedingungen des Kosovo zurückzuführen. Vor allem Roma aus dem Kosovo erhielten nur noch Duldungen für wenige Tage oder Wochen. Dabei lebten die Familien zum Teil seit rund zehn Jahren in Deutschland. Im Kosovo seien viele Roma nur unzureichend ernährt und würden medizinisch kaum versorgt. Am Freitag hatten Unterstützer von Flüchtlingen aus Protest die Göttinger Ausländerbehörde besetzt. *ddp*

## „Wir wollen eine symmetrische Erfüllung des Nachbarschaftsvertrags“

Marek Wojcicki, Chef des Bundes der Polen in Deutschland, über Sprachunterricht, die polnische Minderheit, und Erika Steinbach

Von Gerhard Gnauk

BERLIN – Marek Wojcicki ist nicht gerade das, was man sich unter dem „typischen“ Migranten aus dem armen Osten Europas vorstellt. Wojcicki hat vor zehn Jahren im vornehmen Bad Homburg bei Frankfurt am Main eine Firma gegründet. „Wir machen Unternehmensberatung und Konzernfinanzierung“, erzählt der agile 49-Jährige, „wir haben 20 Berater plus fünf Mitarbeiter im Backoffice.“ Früher hat Wojcicki bei Arthur Andersen gearbeitet, seinerzeit einem Giganten in der Unternehmensberatung. Zeitweise war er FDP-Mitglied. „Jetzt mache ich auf einem anderen Gebiet ähnliches wie in der Firma“, lacht er, „aber in diesem Falle umsonst.“ Wojcicki ist seit vorigem Jahr Vorsitzender des Bundes der Polen in Deutschland.

Seit Polens Außenminister Radoslaw Sikorski im Dezember in Berlin die Lage der Polen in Deutschland angesprochen hatte, sind auch die mehr als 100 polni-

Von Alfred Hackensberger und Thorsten Jungholt

SANAA – Der Jemen ist ein schönes Land – aber auch ein zunehmend gefährliches. Deshalb ist Außenminister Guido Westerwelle am frühen Montagvormittag zu einem Blitzbesuch in der Hauptstadt Sanaa eingetroffen. Der FDP-Politiker reist seit Tagen durch die Golfregion, immer wieder war ihm in Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten von der krisenhaften Lage im Jemen berichtet worden. Seine Gesprächspartner erzählten ihm von ihren Sorgen einer Destabilisierung der gesamten Region, von der Gefahr eines Abdriftens des Bruderstaates in Richtung Terrorismus. Kurz entschlossen änderte Westerwelle daraufhin seine Reisepläne: Statt nach Dubai flog er in al-Qaidas neue Hochburg.

„Wir wollen dafür sorgen, dass der Jemen kein Rückzugsgebiet für Terroristen wird“, sagte Westerwelle nach seinem Treffen mit Staatspräsident Ali Abdallah Saleh im Präsidentenpalast. Dabei setzte man auf eine „politische Lösung“, nicht auf eine militärische. Auch Saudi-Arabiens König Abdullah und Katars Emir Hamad hatten Westerwelle zuvor gebeten, in diese Richtung auf den Präsidenten einzuwirken. Der deutsche Außenminister stellte eine Konferenz für den Jemen am 27. Januar in London in Aussicht und ermahnte Saleh zu größerer Kooperation mit den Nachbarn. Westerwelle konnte darauf verweisen, dass Deutschland sich bereits seit Jahren in dem Land engagiert. Knapp 80 Millionen Euro Entwicklungshilfe fließen allein 2009/10 an Sanaa, damit steht die Bundesrepublik in Europa an der Spitze. Dazu kommen 1,5 Millionen Euro vom Auswärtigen Amt.

Doch die jemenitische Regierung verfolgt noch eine andere Strategie – die von den USA unterstützt wird. Gerade hat eine neue Offensive gegen al-Qaida in den Provinzen Schabwa, Maarib und rund um Sanaa gestartet, mit über 10 000 Soldaten. „Es muss dem Jemen klargemacht werden, es sind Erwartungen und Bedingungen an unsere fortwährende Unterstützung geknüpft“, hatte US-Außenministerin Hillary Clinton Anfang vergangener Woche in Washington gesagt. Dabei hatte sich der Jemen durchaus kooperativ gezeigt. Schon am 15. Dezember begann eine Operation, bei der die je-



Guido Westerwelle mit Botschafter Michael Klor-Berthold (2. v. l.) vor der stark gesicherten deutschen Botschaft in Sanaa. Militär und Polizeikräfte prägen das Straßenbild der jemenitischen Hauptstadt



menitische Luftwaffe vermeintliche Al-Qaida-Trainingslager bombardierte. Bei den Angriffen sollen die USA nicht nur logistische Unterstützung geliefert, sondern auch Cruise-Missiles eingesetzt haben. Für Abdulhani al-Iriani, einen bekannten jemenitischen Publizisten, „ist die militärische Unterstützung der USA kontraproduktiv, besonders wenn dabei auch Zivilisten zu Schaden kommen“. Das bringe den Extremisten nur Sympathien und neue Rekruten. Sie alleine auf militärische Aktionen zu verlassen sei zudem blauäugig. „Man kann

nicht alle Al-Qaida-Kämpfer und Sympathisanten töten. Man muss die Bedingungen bekämpfen, die Terrorismus möglich machen.“ Die Hälfte der Bevölkerung lebt im Jemen unter der Armutsgrenze. „Wir hoffen“, sagte der jemenitische Außenminister Abu Bakr al-Kirbi, „dass die USA die Fehler von Afghanistan und dem Irak nicht wiederholen. Wir brauchen einen langfristigen Entwicklungsplan gegen Armut und für Bildung, was den Terrorismus effektiver bekämpft als militärische Aktionen.“

Im Jemen kam den Afghanistan-Rückkehrern aus dem Krieg gegen die Sowjetunion (1979-1989) eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung radikaler Ideologien zu. „Sie wurden als Helden gefeiert, galten als cool“, erzählt Abdulhani al-Iriani. „Ende der 80er-Jahre begannen sie mit dem Aufbau von Koranschulen und Trainingscamps. Zu

Beginn der 90er-Jahre kämpften sie sogar aufseiten der Regierung gegen die Sezessionisten des säkularen Südens.“ Erst 2000, mit dem Attentat von al-Qaida auf den US-Zerstörer „Cole“ im Hafen von Aden, wendete sich das Blatt. Die Regierung habe viele, aber lange nicht alle Ausbildungslager geschlossen. Die Schulen blieben in der Regel unangetastet. „Heute sind die Islamisten ins politische System des Landes eingebettet“, sagt der Publizist.

Wie weit diese Einbettung geht, darüber sollte man sich besser nicht öffentlich äußern. Besonders wenn es um Personen wie Ali Muschin al-Ahmar geht, der über einen Halbbruder mit Staatspräsident Saleh verwandt ist. Al-Ahmar ist Militärschulekommandeur vom Nordwestjemen, bekannt für extreme religiöse Ansichten und Beziehungen zu al-Qaida. Er soll für das Training von Dschihadisten im Jemen verantwortlich sein, bevor sie nach Afghanistan und in den Irak geschickt werden. Eine andere schillernde Figur ist Tarik al-Fadhli, Afghanistan-Veteran und ehemaliger Verbündeter von Osama Bin Laden. Al-Fadhli stand früher aufseiten von Saleh, heute tritt er für die Sezession des Südens ein. Die Leibwächter des

Dschihadveteranen kommen aus Somalia und sollen den radikalen Al-Schabab-Milizen nahestehen.

Al-Ahmar und al-Fadhli gehören in die Kategorie „Black Box“ von Ali Saif Hassan. Der Direktor des Political Development Forum in Sanaa benutzt diese Metapher für die Überschneidungen von Establishment und al-Qaida. „Den Inhalt der Black Box kennt man nicht genau“, sagt Hassan. „Al-Qaida ist ja keine politische Partei oder ein Verein mit Mitgliederliste“, fügt er hinzu. „Es ist eine fundamentalistische Gemeinde, von der man nicht weiß, wo sie anfängt und wo sie aufhört.“ Sicher sei nur, dass sie große Unterstützung genieße und es von Vorteil sei, dazuzugehören. „Da geht es natürlich um Macht und auch um Business-Angelegenheiten.“

Hilfe aus dieser Black Box gab es bei der Flucht von 23 Al-Qaida-Mitgliedern aus einem Hochsicherheitsgefängnis im Februar 2006, darunter auch die Planer des Attentats auf die „USS Cole“. Ohne Beteiligung der jemenitischen Sicherheitsbehörden wäre die Flucht nicht möglich gewesen. Zwar wurden fast alle wieder gefasst oder getötet, aber drei sind weiterhin auf freiem Fuß. Dazu gehört Nasser al-Wuhai-

shi, heute der Anführer von al-Qaida der Arabischen Halbinsel. Ein anderer Ausbrecher, Kuassim al-Raimi, soll Militärkommandeur sein. Komplettiert wird die Führungsriege mit Ex-Häftlingen aus Guantánamo, die in Saudi-Arabien ein Resozialisierungsprogramm durchliefen. Saïd Ali al-Schihri ist nun Vizechef der Organisation, Abu al-Hareth Muhammad al-Ufi ein Feldkommandant. „In die Tausende“ soll die Zahl der Al-Qaida-Mitglieder im Jemen gehen, meint Abdulhani al-Iriani. Nicht unrealistisch, wenn man an die 2000 Jemeniten denkt, die aus Afghanistan und Irak zurückgekehrt sein sollen.

Rückzugsgebiete al-Qaidas liegen im Osten des Jemen, in dem die Armee jetzt vorrückt. Dort existiert keine staatliche Autorität, und die Oberhäupter der Stämme haben das Sagen. Von ihrem Schutz ist al-Qaida abhängig. Eine wichtige Vermittlerrolle spielt Anwar al-Awlaki, ein aus den USA stammender Imam, der über das Internet Attentäter rekrutiert und im Jemen untergetaucht ist. Er „betreute“ Nidal Malik Hasan, der auf der US-Militärbasis Fort Hood im November 2009 dreizehn Menschen tötete, aber auch Umar Faruk Abdulmutallab, den 23-jährigen Flugzeugbomber von Detroit. Anwar al-Awlaki gehört selbst zu einem einflussreichen Stamm und genießt damit für sich und für seine Gäste uneingeschränkten Schutz. Ob dieser Schutz seinen Gefolgsleuten noch lange gewährt wird, ist angesichts der Armeefensive zu bezweifeln. „Gerade die Stammesoberhäupter sind sehr pragmatisch“, berichtet Ali Saif Hassan vom Political Development Forum. „Sie wechseln je nach Vorteilslage gerne ihre Meinung.“

Vor dem Besuch Westerwelles hatte Saleh Kooperationsbereitschaft signalisiert. „Wir sind bereit, uns mit jedem zu verständigen, der Gewalt und Terrorismus abschwört“, sagte er in einem TV-Interview. Dem Minister versicherte er, sich persönlich für die Freilassung der vor sechs Monaten entführten fünf deutschen Geiseln einzusetzen. Der Außenminister wertete das als „Zeichen der Hoffnung“.

## WELT ONLINE

Die Karriere des Außenministers in Bildern:  
welt.de/westerwelle

## Kirche startet Telefonberatung für ehemalige Heimkinder

Körperliches und seelisches Leid in katholischen Einrichtungen der Nachkriegszeit wird aufgearbeitet

BERLIN – Ehemalige Heimkinder, die in katholischen Einrichtungen der Nachkriegszeit körperliches oder seelisches Leid erlitten haben, können nun Hilfsangebote der Kirche in Anspruch nehmen. Die Deutsche Bischofskonferenz gab am Montag in Köln den Startschuss für eine Hotline, bei der misshandelte Heimkinder ihre Lebensgeschichte berichten und sich therapeutisch beraten lassen können.

Ab Mittwoch stehen unter der Telefonnummer 0180/4100 400 jeweils zwei Berater als erste Ansprechpartner bereit. Sie sollen auf Wunsch auch weitere Hilfen katho-

lischer Beratungsstellen anbieten. Das Projekt, das die Ehe-, Familien- und Lebensberatung im Erzbistum Köln im Auftrag der Bischofskonferenz durchführt, ist zunächst auf ein Jahr angelegt. Die Hotline wird montags, mittwochs und freitags von 9 bis 18 Uhr erreichbar sein. Zudem gibt es Beratung im Internet.

Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, sagte bei der Vorstellung der Bischofskonferenz, dass „damals offenbar auch in katholischen Heimen Kindern und Jugendlichen Unrecht sowie seelische und körperliche

Gewalt angetan wurde“. Mit der Hotline wolle die Kirche ein klares Signal setzen, dass sie sich den Erwartungen ehemaliger Heimkinder stellen und sie bei der Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichte unterstützen wolle. Er betonte das große Interesse der Bischofskonferenz an der Aufklärung solcher Fälle.

Die Bischofskonferenz setzt sich ferner dafür ein, dass ehemalige Heimkinder Einblick in ihre früheren Akten erhalten. Die Vertreterin der Deutschen Ordensoberkonferenz, Schwester Sara Böhmer, bekräftigte die Bereitschaft der Orden in Deutschland, zur Aufklärung bei-

zutragen. In dieser Woche tagt in Berlin erneut der Runde Tisch, an dem das Schicksal von Heimkindern in den 50er- und 60er-Jahren aufgearbeitet werden soll.

Das vom Bundestag eingerichtete Gremium soll Vorwürfe aufklären, nach denen bis Ende der 60er-Jahre auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik zahlreiche Kinder in staatlichen und kirchlichen Heimen misshandelt oder ausgebeutet wurden. Insgesamt waren rund 800 000 Kinder und Jugendliche zwischen 1945 und 1975 in Heimen untergebracht, davon rund 500 000 in kirchlichen Einrichtungen. *KNA*

## Dortmunder Wahlposse geht in die nächste Runde

SPD-Mitglieder klagen vor Verwaltungsgericht

Von Kristian Frigelj

DÜSSELDORF – Nach einem bundesweit einzigartigen Wahlskandal droht der Stadt Dortmund weiteres Ungemach. SPD-Ratsmitglieder wehren sich gegen eine Wiederholung der Kommunalwahl vom 30. August 2009 und haben Klage vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eingereicht. Dabei ist die politische Situation in der zweitgrößten Stadt Nordrhein-Westfalens schon verworren genug.

Vor wenigen Wochen beschloss der Stadtrat mit großer Mehrheit, dass die Oberbürgermeister-, Rats- und Bezirksvertreterwahlen

wiederholt werden. Der Vorwurf des „Wahlbetrugs“ gegen einen früheren SPD-Oberbürgermeister belastet die alte Hochburg der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet. CDU, FDP und Grüne sehen sich in diesem Verdacht bestätigt, nachdem in einem vom Stadtrat initiierten Gutachten festgestellt wurde, dass ein verschwiegenes Haushaltsdefizit im Wahlkampf als „aktive Wähler-täuschung“ zu werten sei. Der neugewählte Oberbürgermeister Ulrich Sierau (SPD) betonte daraufhin selbst, er sei das juristische Hickhack leid und werde sich einer Wiederholungswahl stellen. „Es darf deshalb keine weiteren juristischen Auseinandersetzungen geben“, erklärte Sierau.

Doch ein solches Hickhack wird aus den Reihen seiner eigenen Partei provoziert. Als Unruheherd erweist sich einmal mehr die SPD-Ratsfraktion, die kritische Sozialdemokraten als „Partei in der Partei“ bezeichnen. Elf Ratsmitglieder klagen gegen eine Wiederholung der Ratswahl. Zudem wehren sich weitere SPD-Mitglieder gegen eine

Neuaufgabe der Bezirksvertreterwahl. Sie begründen ihre Gegenwehr mit einem zweiten Gutachten, das eine SPD-Organisation allein in Auftrag gegeben hat. Demnach lägen „keine zur Ungültigkeit der Wahl führenden Wahlfehler vor“.

Die eingereichten Klagen werfen einmal mehr Fragen über die wahren Absichten von Fraktionschef Ernst Prüsse und SPD-Stadtvorbandschef Franz-Josef Drabig auf. Beide werden von Ortsvereinen

massiv kritisiert. Prüsse wollte zu nächst gegen eine Wiederholung klagen, rückte dann aber wieder davon ab. Seinen Fraktionsmitgliedern ließ er freie Hand. Prüsse

und Drabig dürften sich jedoch hinreichend abgesichert fühlen: Bisher toleriert SPD-Landeschefin Hannelore Kraft deren Gebahren.

Inzwischen sind beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen auch zwei Klagen gegen eine Wiederholung der OB-Wahl eingegangen; eine davon stammt ausgerechnet von einem FDP-Mitglied. Die Bezirksregierung Arnsberg als kommunale Aufsichtsbehörde und das NRW-Innenministerium vertreten zwar die Rechtsauffassung, dass in diesem Fall nur Sierau und die Bezirksregierung klagebefugt seien. Freilich muss das Gericht zunächst die Zulässigkeit der Klagen prüfen. Dies könne durchaus einige Wochen in Anspruch nehmen, da die notwendigen Unterlagen noch nicht vorliegen, erklärte ein Gerichtssprecher am Montag auf Anfrage der WELT. Zudem besteht eine andere Unwägbarkeit für einen neuen Wahltermin: Die Kläger könnten die nächste gerichtliche Instanz anrufen. Dann würde sich der politische Ausnahmezustand in Dortmund verlängern.



Marek Wojcicki

Polen. Doch der größte Teil der Migranten waren Aussiedler, die unter Berufung auf deutsche Vorfahren vor allem aus Oberschlesien in den Westen gelangten. Hier will Wojcicki mit einem Mythos aufräumen: „Ich war in politischer Haft, ehe ich 1982 nach Deutschland gekommen bin. Ich bin als Aussiedler gekommen, ich war im Aussiedlerheim. Aber ich bin Pole. Das war eine schizophrene Zeit: Man musste sich als Deutscher ausgeben, damit man in den Westen kam. Ich denke, mindestens eine Million dieser Aussiedler fühlen sich als Polen. Man muss schon in Oberschlesien geboren sein, um das zu verstehen.“

Wojcicki hofft auch auf eine Rehabilitierung der in der NS-Zeit ermordeten Vertreter der polnischen Minderheit. „In den 50er-Jahren haben deutsche Gerichte in manchen Fällen die Anerkennung als NS-Opfer verweigert“, sagt er. Der 1922 ge-

gründete Bund der Polen hatte noch 1938 an der Friedrichstraße in Berlin einen Polenkongress mit 5000 Teilnehmern abgehalten. Behörden und Gestapo hatten die Organisatoren offenbar gewähren lassen, weil gleichzeitig die Deutschen in Polen Veranstaltungen

planten und auf die polnischen Behörden angewiesen waren. Bei Kriegsausbruch aber wurden 2000 Mitglieder des Bundes in Konzentrationslager verschleppt, woran derzeit eine Ausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen erinnert. Auch das Vermögen des Bundes wurde beschlagnahmt.

Immerhin haben die Polen nach dem Krieg ihren Vereinssitz in Bochum zurückbekommen. Doch in Berlin muss das „Dom Polski“ (Polnisches Haus) wegen eines Mietstreits mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH bis zum 15. Januar seine Räume an der Potsdamer Straße 65 verlassen. Alek-